

Wiesbaden, den 03.10.2021

Sehr geehrte Frau Hollingshaus,

wir möchten gerne als Grundschullehrerinnen im GEW Kreisverband Wiesbaden Rheingau Stellung zu Ihrem Artikel beziehen:

https://www.wiesbadener-kurier.de/lokales/wiesbaden/nachrichten-wiesbaden/warum-manche-lehrkrafte-auf-ihr-geld-warten_24535378.

Aus unserer Sicht spiegelt Ihr Artikel bei weitem nicht das Ausmaß und die damit verbundenen Folgen der Dinge wider und kommt einer Verharmlosung gleich.

Betroffen sind einerseits eine große Anzahl von abhängig Beschäftigten, die ihren Dienst nicht antreten konnten aus dem schlichten Grund, dass die Verträge nicht fertig bearbeitet waren. Selbst neu eingesetzte Schulleitungen konnten aufgrund der fehlenden Verträge keine Ferienkonferenzen halten und wurden montags bereits unter starkem Stress für alle gemeinsam mit dem Kollegium ins kalte Wasser geworfen.

Wir haben viele verzweifelte Anrufe und Hilfesuche als Gewerkschaft sowie als GPRLL erhalten. Die Anzahl der Menschen, die arbeiten wollten, aber PER ANWEISUNG nicht arbeiten durften, ist weit höher als von Ihnen beschrieben und dies hat in den Schulen riesige Lücken aufgerissen. Klassen starteten ins Schuljahr ohne Klassenleitung, Lehrkräfte in Teilzeit mussten Klassenleitungsunterricht leisten weit über ihrem normalen Stundenumfang, Fachunterricht entfiel etc.. Dies alles führte in vielen Grundschulen dazu, dass Lehrkräfte bereits nach der ersten Unterrichtswoche am Limit und völlig überlastet waren.

Noch schlimmer empfinden wir als Gewerkschaftler:innen die hohe Anzahl an Menschen, die aus Gutmütigkeit umsonst gearbeitet haben.

Aus unserer Sicht ist die Vertragsabwicklung diesen Sommer katastrophal abgelaufen, eine Kollegin nannte es einen Bankrott für alle Verantwortlichen.

Erschwerend kommt hinzu, dass selbst wenn die Arbeitsverträge die Schulen erreichten und die Lehrkräfte ihren Dienst aufnahmen, die Verträge aufgrund von fehlenden Sachbearbeiter:innen noch nicht im System hinterlegt waren. Dies mit der Folge der fehlenden Bezahlung. Und dies bis heute!

Selbst Abschläge können aufgrund von Stichtagen, an die das erfassende System im Staatlichen Schulamt gebunden zu sein scheint, für die Kolleg:innen nicht generiert werden. Mieten, Krankenversicherung der Kolleg:innen etc. müssen aber weiter bezahlt werden - von "Nebenwirkungen" wie einem fehlenden Krankenkassenschutz etc. ganz abgesehen.

Am schlimmsten ist, dass "die Sache noch nicht ausgestanden ist": noch immer warten Kolleg:innen auf irgendeine Art von Rückmeldung auf ihre Bewerbungen (per E- Recruiting erhielten viele noch nicht einmal eine Eingangsbestätigung ihrer Bewerbung), TV-H und alle weiteren Verträge, die ab Oktober ausgestellt werden sollten, sind keinesfalls fertig. Somit geht das Elend weiter.

Auch Lehrkräfte, die Ihren Stundenumfang zum 01.08. erhöht haben, bekamen dies bisher nicht vergütet. Und sogar Referendar:innen warteten teilweise monatelang auf ihr Gehalt.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie Ihren Bericht um die Ihnen nun vorliegenden Fakten erweitern könnten.

Für Nachfragen stehe wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Katja Giesler und Johanna Browman